



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Eva von Angern (DIE LINKE)

Entwicklung der Verfahrens- und Arbeitssituation an den Sozialgerichten in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2008 bis 2011

Kleine Anfrage - **KA 6/7335**

Vorbemerkung des Fragestellenden:

Es gibt immer wieder Informationen, dass die Anzahl der Klagen bei den Sozialgerichten in Sachsen-Anhalt weiter zugenommen haben, davon soll ein Großteil auf den Bereich „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ (SGB II) entfallen. Insbesondere Fragen aus dem Bereich Kosten der Unterkunft (KdU), aber auch Anrechnung von Hinzuverdienst, sowie Mehrbedarfe sollen den Hauptteil der Verfahren stellen. Hinzu komme, dass mit der Einführung des „Bildungs- und Teilhabepaketes“ neuer „Streitstoff“ entstanden sei. Denn nach Aussagen erfahrener Praktiker sei auch die Unklarheit und Vieldeutigkeit der SGB II-Regelungen ein großes Problem. Zu berücksichtigen ist aber auch, dass die Sozialgerichte noch Verfahren aus verschiedenen anderen Rechtsgebieten wie Kranken- und Rentenversicherung (SGB V und VI), Schwerbehindertenrecht (SGB IX) oder Sozialhilfe (SGB XII) zu erledigen haben. Es ist zu befürchten, dass der hohe Personalbedarf für SGB II-Verfahren negative Auswirkungen auf die Bearbeitung dieser Rechtsfälle haben könnte. Wegen der Überlastung der Sozialgerichte wird auch über Rechtsänderungen im Sozialrecht diskutiert. Kritiker befürchten, dass hier Leistungseinschränkungen für Betroffene drohen könnten.

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung.
Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.

(Ausgegeben am 01.03.2012)

**Antwort der Landesregierung
erstellt vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung**

- 1. Wie hat sich die Verfahrenssituation hinsichtlich der anhängigen Verfahren in den Bereichen Rentenversicherung, Kranken- und Pflegeversicherung, Unfallversicherung, sowie Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und Asylbewerberleistungsgesetz in - auch im Vergleich zum Vorjahr - an den Sozialgerichten und am Landessozialgericht in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2008 bis 2011 entwickelt? Bitte nach Rechtsgebieten, Sozialgerichten und Vergleichsjahren aufschlüsseln.**

Die erbetenen Angaben ergeben sich aus der Anlage 1.

- 2. Wie viele der eingereichten Klagen waren in den genannten Rechtsgebieten in den Jahren 2008 bis 2011 ganz bzw. teilweise erfolgreich, und bei wie vielen der nicht erfolgreichen Klagen wurden Rechtsmittel eingelegt? Bitte nach Rechtsgebieten und Sozialgerichten und in „Jahresscheiben“ aufschlüsseln.**

Die erbetenen Angaben zum Ausgang der Klageverfahren ergeben sich, soweit sie statistisch erfasst werden, aus der Anlage 2. Angaben über eingelegte Rechtsmittel liegen nicht vor.

- 3. Wie viele der Verfahren aus den oben genannten Rechtsgebieten, die ursprünglich vor Sozialgerichten in Sachsen-Anhalt anhängig waren bzw. noch anhängig sind, befanden sich in den Jahren 2008 bis 2011 in einem Verfahren bzw. Verfahrensstadium beim Bundessozialgericht bzw. beim Bundesverfassungsgericht und mit welchem Ergebnis sind sie dort ggf. entschieden worden? Bitte nach Rechtsgebieten sowie Gerichten und soweit möglich, nach Instanz bzw. Verfahrensart - Revision, Verfassungsbeschwerde, konkrete Normenkontrolle u. Ä. und Jahr der erfolgreichen Beendigung aufschlüsseln.**

Die erbetenen Angaben können in der verfügbaren Frist nicht mit vertretbarem Aufwand ermittelt werden.

- 4. Wie hat sich die durchschnittliche Verfahrensdauer in den Jahren 2008 und 2011 und auch im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 entwickelt und welche Gründe können gegebenenfalls dafür benannt werden? Bitte nach Rechtsgebieten und Sozialgerichten aufschlüsseln.**

Die erbetenen Angaben ergeben sich aus der Anlage 3. Bis zum 31. Dezember 2006 sind vergleichbare Angaben zur durchschnittlichen Dauer der Verfahren in der Geschäftsstatistik nicht erhoben worden.

- 5. Wie stellt sich in den unter Nummer 1 genannten Rechtsgebieten in den Jahren 2008 bis 2011 und im Vergleich zu den Jahren 2006 und 2007 der richterliche und nichtrichterliche Personaleinsatz, Arbeitsbelastung je Richter, „Verfügbarkeit von Sachverständigen bzw. Gutachtern sowie Hinzuziehung von Anwälten dar? Bitte nach Rechtsgebieten und Sozialgerichten aufschlüsseln.**

Die verfügbaren statistischen Angaben zum Personaleinsatz und zur Arbeitsbelastung je Richter ergeben sich aus der Anlage 4. Als „Arbeitsbelastung je Richter“ ist hier das statistische Verhältnis zwischen der Zahl der anhängigen Verfahren und der Gesamtzahl der (auch nur mit Teilen ihrer Arbeitskraft) in den relevanten Rechtsgebieten eingesetzten Richter angegeben. Die Angabe lässt keine Rückschlüsse auf die personalwirtschaftliche Belastung insgesamt zu.

Der Personaleinsatz in „Angelegenheiten der Pflegeversicherung“ wird in den Personalübersichten nicht gesondert ausgewiesen, für den nichtrichterlichen Dienst stehen nach Rechtsgebieten getrennte Angaben nicht zur Verfügung. Bis zum 31. Dezember 2006 enthalten die Personalübersichten keine vergleichbaren Angaben.

In den gerichtlichen Verfahren waren Verzögerungen durch fehlende Verfügbarkeit von Sachverständigen, Gutachtern oder Rechtsanwälten im fraglichen Zeitraum nicht festzustellen.

- 6. Wie viele Widersprüche wurden in den unter Nummer 1 genannten Rechtsgebieten bei Behörden in Sachsen-Anhalt in den Jahren 2007 bis 2011 eingelegt und in wie vielen Fällen wurde dann Klage erhoben? Bitte nach Rechtsgebieten, Sozialgerichtsbezirken bzw. Sozialgerichten und Jahren aufschlüsseln und sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozentzahlen angeben.**

Angaben über Widerspruchsverfahren im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung liegen nur aus den Erhebungen der AOK Sachsen-Anhalt als landesunmittelbarer Krankenkasse vor (vgl. Anlage 5), Angaben über Widerspruchsverfahren anderer Krankenkassen sind nicht verfügbar.

Im Bereich der Sozialhilfe liegen Angaben nur über Widersprüche vor, denen nicht bereits durch die zunächst zuständige herangezogene Gebietskörperschaft (hGK) abgeholfen wird. Lediglich in diesen Fällen verfügt die Sozialagentur als Widerspruchsstelle i. S. v. § 99 Abs. 2 SGB XII über die erbetenen Angaben. Diese können jedoch nur nach der Gesamtzahl der erfassten anhängig gemachten Verfahren (inklusive auch der Verfahren zur Gewährung von einstweiligem Rechtsschutz, der Verfahren im Zusammenhang mit dem Vertragsrecht - §§ 75 ff. SGB XII und § 85 SGB XI -, der Berufungs- und Beschwerdeverfahren sowie der Untätigkeitsklagen) ausgewertet werden. Gesonderte Angaben zu den mit Klage angefochtenen Widerspruchsbescheiden sind auf dieser Grundlage nicht möglich.

Die Anzahl der genannten Widersprüche und der bei den Sozialgerichten sowie Landessozialgerichten anhängig gemachten Klagen, bei denen die Sozialagentur Verfahrensbeteiligter war/ist, wird nachstehend für das jeweilige Jahr aufgeführt.

Jahr	Widersprüche	Klagen
2007	312	105
2008	389	176
2009	386	145
2010	356	249
2011	410	257

Bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende stellt sich die Zahl der Widersprüche in den Jobcentern wie folgt dar:

Landkreis/ kreisfreie Stadt	2007	2008	2009	2010	2011
Altmarkkreis Salzwedel	1.775	1.851	1.876	1.734	1.242
Anhalt-Bitterfeld *	9.591	7.809	7.357	6.228	3.611
Börde	3.671	3.794	3.628	3.173	2.493
Burgenlandkreis	7.423	7.654	8.439	8.199	5.337
Harz	4.877	4.655	5.565	5.330	3.454
Jerichower Land *	1.716	2.485	1.823	1.972	1.766
Mansfeld-Südharz	5.659	5.259	5.457	5.028	3.838
Saalekreis	6.570	6.293	6.193	7.426	6.207
Salzlandkreis	5.321	5.057	4.541	4.483	4.005
Stendal	3.745	3.854	4.085	4.093	3.164
Wittenberg *	3.515	4.669	5.353	4.219	3.883
Dessau-Roßlau*	2.641	2.640	3.240	3.364	2.276
Halle (Saale)	10.140	11.243	11.123	9.612	8.681
Magdeburg	6.889	6.991	7.094	7.058	6.219
Sachsen-Anhalt	73.533	74.254	75.774	71.919	56.176

* Für das Jahr 2007 bestehen Unschärfen aufgrund der zum 01.07.07 umgesetzten Kreisgebietsreform: Teile des Alt-LK Anhalt-Zerbst gingen in den neuen Kreisen Anhalt-Bitterfeld, Wittenberg und Jerichower Land auf. Die verfügbaren Daten wurden mangels gesonderter Auswertungsmöglichkeit dem LK Anhalt-Bitterfeld zugeordnet. Die Zahl der Widerspruchseingänge für das Jahr 2007 ist dort folglich überzeichnet, in den anderen drei Kommunen entsprechend unterzeichnet.

Die Anzahl der anhängigen Verfahren im Bereich Rentenversicherung ist mangels aufsichtlicher Befugnisse des Landes nicht bekannt, für die Unfallversicherung ist sie verschwindend gering.

Eine Darstellung der Widerspruchseingänge nach Sozialgerichtsbezirken ist nicht möglich, da die Zuständigkeitsbereiche in den Gebieten Sozialhilfe/Kranken/Pflegeversicherung/Grundsicherung für Arbeitsuchende mit den Sozialgerichtsbezirken nicht vollständig deckungsgleich sind.

7. Mit welcher Entwicklung der Verfahrenszahlen an den Sozialgerichten in Sachsen-Anhalt ist nach Ansicht der Landesregierung in den Jahren 2012 bis 2014 zu rechnen und welche Gründe lassen sich für diese Entwicklung jetzt schon erkennen (zum Beispiel unklare Regelungen, die hohes Konfliktpotential bergen)?

Für den Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende lässt sich eine sichere Prognose nicht treffen. Die Zahl der von „Hartz-IV“ betroffenen Personen ist stetig rückläufig; ein Trend, der sich voraussichtlich auch in den nächsten Jahren fort-

setzen wird. Zudem werden grundsätzliche Rechtsfragen auf dem Gebiet der Grundsicherung für Arbeitsuchende zunehmend durch die Rechtsprechung des Bundessozialgerichts geklärt und Rechtsunsicherheiten beseitigt. Im Bereich der Widerspruchseingänge zeigt sich bereits eine Entspannung, wenngleich sich die Zahl der Widersprüche noch immer auf relativ hohem Niveau befindet. Darüber hinaus sind Vereinfachungen und Klarstellungen im SGB II in Kraft getreten, die voraussichtlich zu mehr Rechtsfrieden beitragen werden. Zugleich hat der Gesetzgeber mit dem Bildungs- und Teilhabepaket neue Leistungen begründet, die sich bislang als relativ wenig streitbefangen darstellen, deren weitere Entwicklung jedoch abzuwarten ist. Dies gilt auch im Hinblick auf die weitere Absenkung des für die Eingliederung von Arbeitsuchenden zur Verfügung stehenden Budgets der Bundesregierung, aufgrund derer es im Bereich der aktiven Arbeitsmarktförderung des SGB II zu einer höheren Zahl ablehnender Entscheidungen kommen wird.

Auch bei den Sozialgerichten deutet die derzeitige statistische Entwicklung darauf hin, dass sich der Geschäftsanfall auf dem derzeitigen hohen Niveau stabilisiert. Unklare Regelungen mit besonderem Konfliktpotential, das sich auf den Verfahrensanfall bei den Sozialgerichten auswirken könnte, sind derzeit nicht erkennbar. Noch abzuwarten bleibt, ob die Änderung des § 19 SGB II durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch vom 24. März 2011 (BGBl. I, S. 453) durch die erweiterte Prüfungspflicht der Sozialgerichte gemäß § 103 SGG Erschwernisse in der Verfahrensführung zur Folge hat.

8. **Welchen Stand hat die Diskussion hinsichtlich der Änderung von Vorschriften des SGB II, des SGB XII und des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) und gegebenenfalls weiterer Regelungen insbesondere mit Blick auf eine „Entlastung“ der Sozialgerichte - insbesondere mit Blick auf die Auswertung und Umsetzung von Arbeitsergebnissen der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister des Bundes und der Länder? Inwiefern sollen auch die Entscheidungsebene der „Jobcenter“ und Sozialämter und deren Arbeit in diese Reform miteinbezogen werden? Inwiefern sieht die Landesregierung die Gefahr, dass die Reformvorschläge zu einer Verschlechterung der Rechtspositionen und der Lebenssituation der Betroffenen führen können?**

Die von der Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister (JuMiKo) und der Konferenz der Arbeits- und Sozialminister (ASMK) zur Erarbeitung von Änderungsvorschlägen auf dem Gebiet des Sozialrechts eingesetzte Gemeinsame Kommission hat mit ihrem Abschlussbericht vom 27. Oktober 2010 Änderungsvorschläge auf dem Gebiet des Sozialrechts vorgelegt. In der Folge sind einige Änderungsvorschläge mit der Neuausrichtung der Regelsätze durch das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in das SGB II übernommen worden. Hier sind vor allem zu nennen die Vereinfachung des Sanktionssystems, die Schaffung einer zentralen Norm für die Abwicklung von Darlehen, die Klarstellung bei der Rundung der Leistungsansprüche, die Anpassung der Frist zur rückwirkenden Überprüfung von Grundsicherungsbescheiden sowie die Harmonisierung vorrangiger Ansprüche insbesondere beim Kinderwohngeld.

Diskussionen zu weiteren grundlegenden inhaltlichen Änderungen im SGB II bestehen derzeit - mit Ausnahme der neuen Bildungs- und Teilhabeleistungen - nicht. Die neuen Bildungs- und Teilhabeleistungen müssen sich in der Praxis erst noch bewähren. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat eine Evaluierung eingeleitet, hieraus wird sich ggf. Anpassungsbedarf ergeben.

Zum sozialgerichtlichen Verfahrensrecht sind über die inhaltlichen Änderungsvorschläge hinaus mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Vierten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze weitere Vorschläge der Kommission zur Änderung des SGG aufgegriffen worden. Dabei wurde die Vollmachtsvermutung zugunsten von Ehegatten, Lebenspartnern und Verwandten in gerader Linie wieder eingeführt (§ 73 Abs. 6 SGG) und die Möglichkeit der gerichtlichen Anordnung des Erscheinens eines ausreichend informierten und bevollmächtigten Beamten oder Angestellten zur mündlichen Verhandlung oder zu einem Erörterungstermin in das Gesetz aufgenommen (§ 111 Abs. 3 SGG).

Die Entlastung der Sozialgerichte und die Wahrung des Anspruchs auf Rechtsschutz in angemessener Zeit durch Änderungen im Verfahrensrecht werden auch nach dem Abschlussbericht der Gemeinsamen Kommission auf Länderebene verfolgt. Die 82. JuMiKo hat auf ihrer Frühjahrskonferenz im Mai 2011 die Landesjustizverwaltungen Berlin, Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen um einen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Sozialgerichtsgesetzes gebeten. Gegenstand der aktuellen Diskussion sind u. a. Vorschläge über die Beschwerdezulässigkeit bei Prozesskostenhilfeentscheidungen, die Übernahme von bewährten Regelungen aus der Verwaltungsgerichtsordnung (§§ 44a, 106 Satz 2, 130a VwGO), die Einführung einer Gerichtskostenpauschale, die Abschaffung der Vollziehungsfrist von einstweiligen Anordnungen, die Beschränkung des Streitgegenstandes in zeitlicher und materieller Hinsicht durch die Verfahrensbeteiligten, die Einführung von Präklusionsvorschriften oder eine Frist für die Erklärung eines Rechtsmittelverzichts. Im Rahmen der Änderungen des Prozessrechts ist derzeit nicht geplant, die Arbeit der Jobcenter und Sozialämter einzubeziehen.

Da die Diskussion und Abstimmung der Änderungsvorschläge noch nicht abgeschlossen ist, kann zu den Auswirkungen auf die Rechtsposition und die Lebenssituation der Betroffenen noch keine Aussage getroffen werden. Die prozessualen Änderungen sollen aber den Rechtsschutz des Einzelnen durch eine effektivere Verfahrensgestaltung stärken.

9. Welchen weiteren Handlungsbedarf gesetzgeberischer oder organisatorischer Art sieht die Landesregierung angesichts der Situation der Sozialgerichte in Sachsen-Anhalt oder anderer Behörden wie den „Jobcentern“, zum Beispiel mit Blick auf das Problem der zunehmenden kurzzeitigen Befristung von Bescheiden?

Mit der sogenannten „Jobcenter-Reform“ - verbunden mit der Neuorganisation der Jobcenter sowie der Neuzulassung von zwei weiteren Optionskommunen im Land - und der verfassungskonformen Neuausrichtung der Regelbedarfe sind erst im letzten bzw. in diesem Jahr grundlegende Neuerungen in Kraft getreten, deren Auswirkungen zunächst abgewartet werden sollen.

Eine Zunahme kurzzeitiger Befristungen ist in der gerichtlichen Praxis nicht feststellbar. Die Befristung von Bescheiden ist in der Regel gesetzlich vorgeschrieben. Abweichungen von den Regelfristen werden nur in Ausnahmefällen, insbesondere wenn mit Änderungen der zugrunde liegenden Verhältnisse zu rechnen ist, getroffen.

Weiterer gesetzgeberischer Handlungsbedarf zum Verfahrensrecht kann sich über die Umsetzung der Änderungsvorschläge der Gemeinsamen Kommission hinaus aus den laufenden Abstimmungen zum Verfahrensrecht im Rahmen der JuMiKo ergeben.

Entwicklung der Verfahrenseingänge ausgewählter Sachgebiete bei den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt

	Sozialgerichte insgesamt							Sozialgericht Dessau						
	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010	Entw. ggü. VJ	2011	Entw. ggü. VJ	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010	Entw. ggü. VJ	2011	Entw. ggü. VJ
Rentenversicherung														
Klageverfahren														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	6.901	7.161	260	7.686	525	8.504	818	1.301	1.267	-34	1.269	2	1.385	116
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	80	60	-20	68	8	88	20	12	10	-2	12	2	13	1
Kranken- und Pflegeversicherung														
Klageverfahren														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	2.967	3.251	284	3.542	291	3.849	307	347	374	27	375	1	460	85
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	98	122	24	161	39	133	-28	14	17	3	24	7	21	-3
Unfallversicherung														
Klageverfahren														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	1.515	1.489	-26	1.521	32	1.545	24	226	216	-10	229	13	198	-31
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	16	10	-6	18	8	21	3	2	0	-2	1	1	1	0
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ²⁾														
Klageverfahren														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	21.816	27.819	6.003	33.073	5.254	33.847	774	5.970	7.394	1.424	7.597	203	6.508	-1.089
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz														
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	3.489	3.159	-330	3.066	-93	2.629	-437	699	565	-134	492	-73	460	-32

¹⁾ Als anhängige Verfahren sind für jedes Jahr die Bestände unerledigter Verfahren zu Jahresbeginn sowie Neuzugänge berücksichtigt.

²⁾ Angaben beziehen sich auf die statistische Auswertung der Verfahren für die Sachgebiete "Angelegenheiten nach dem SGB II u. § 6a BKGG" sowie "Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG"

Entwicklung der Verfahrenseingänge ausgewählter Sachgebiete bei den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt

	Sozialgericht Halle							Sozialgericht Magdeburg							Sozialgericht Stendal				
	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010	Entw. ggü. VJ	2011	Entw. ggü. VJ	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010 ³⁾	Entw. ggü. VJ	2011 ³⁾	Entw. ggü. VJ	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010 ⁴⁾	Entw. ggü. VJ
Rentenversicherung																			
Klageverfahren																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	2.542	2.603	61	2.799	196	3.035	236	2.339	2.495	281	2.776	281	4.084	1.308	719	796	77	842	46
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	36	21	-15	25	4	30	5	21	22	2	24	2	45	21	11	7	-4	7	0
Kranken- und Pflegeversicherung																			
Klageverfahren																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	997	1.044	47	1.151	107	1.233	82	1.050	1.180	262	1.442	262	2.156	714	573	653	80	574	-79
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	28	36	8	55	19	65	10	33	49	0	49	0	47	-2	23	20	-3	33	13
Unfallversicherung																			
Klageverfahren																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	589	566	-23	569	3	643	74	481	492	21	513	21	704	191	219	215	-4	210	-5
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	6	3	-3	4	1	5	1	6	3	5	8		15	7	2	4	2	5	1
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ²⁾																			
Klageverfahren																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	8.326	10.523	2.197	13.675	3.152	15.472	1.797	5.767	7.339	1.373	8.712	1.373	11.867	3.155	1.753	2.563	810	3.089	526
Verfahren zur Gew. v. einstw. Rechtsschutz																			
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	1.527	1.335	-192	1.194	-141	957	-237	994	907	185	1.092	185	1.212	120	269	352	83	288	-64

³⁾ ab 1.11.2010 inkl. der Verfahren des zum 31.10.2010 aufgelösten SG Stendal⁴⁾ Auflösung des SG Stendal zum 31.10.2010, Angaben für den Zeitraum 1.1. bis 31.10.2010

Entwicklung der Verfahrenseingänge ausgewählter Sachgebiete bei dem Landessozialgerichten Sachsen-Anhalt

	Landessozialgericht Sachsen-Anhalt						
	2008	2009	Entw. ggü. VJ	2010	Entw. ggü. VJ	2011	Entw. ggü. VJ
Rentenversicherung							
Berufungsverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	1.026	949	-77	919	-30	882	-37
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	26	38	12	8	-30	2	-6
Beschwerdeverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	66	59	-7	69	10	79	10
Kranken- und Pflegeversicherung							
Berufungsverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	339	316	-23	261	-55	241	-20
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	8	8	0	2	-6	2	0
Beschwerdeverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	60	40	-20	64	24	90	26
Unfallversicherung							
Berufungsverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	504	451	-53	411	-40	374	-37
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	6	2	-4	0	-2	1	1
Beschwerdeverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	32	23	-9	14	-9	11	-3
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ²⁾							
Berufungsverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	343	397	54	422	25	483	61
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	22	11	-11	5	-6	8	3
Beschwerdeverfahren							
anhängige Verfahren insgesamt ¹⁾	933	791	-142	609	-182	592	-17

¹⁾ Als anhängige Verfahren sind für jedes Jahr die Bestände unerledigter Verfahren zu Jahrsbeginn sowie Neuzugänge berücksichtigt.

²⁾ Angaben beziehen sich auf die statistische Auswertung der Verfahren für die Sachgebiete "Angelegenheiten nach dem SGB II und § 6a BKGG" sowie "Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG"

Ausgang des Klageverfahrens für die Versicherten/Leistungsberechtigten vor den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt
in ausgewählten Sachgebieten

	Sozialgerichte insgesamt				Sozialgericht Dessau			
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Rentenversicherung								
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	648	567	510	659	142	133	101	124
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	60	58	35	53	8	5	2	9
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	41	45	43	44	5	10	6	7
Kranken- und Pflegeversicherung								
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	185	206	150	213	62	78	48	45
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	42	53	43	88	13	26	18	15
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	19	18	8	7	3	5	0	1
Unfallversicherung								
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	208	164	176	189	50	52	34	37
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	25	10	15	17	9	4	5	4
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	6	3	4	9	0	1	1	2
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ¹⁾								
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	536	770	767	880	149	369	211	216
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	158	357	214	236	55	245	78	66
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	75	68	93	126	18	23	21	38

¹⁾ Angaben beziehen sich auf die statistische Auswertung der Verfahren für
die Sachgebiete "Angelegenheiten nach dem SGB II u. § 6a BKGG" sowie
"Angelegenheiten nach dem SGB XII und nach dem AsylbLG"

Ausgang des Klageverfahrens für die Versicherten/Leistungsberechtigten vor den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt
in ausgewählten Sachgebieten

	Sozialgericht Halle				Sozialgericht Magdeburg				Sozialgericht Stendal		
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010 ²⁾	2011 ²⁾	2008	2009	2010 ³⁾
Rentenversicherung											
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	161	179	168	192	267	198	183	343	78	57	58
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	21	27	21	24	22	23	9	20	9	3	3
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	12	12	23	15	22	21	13	22	2	2	1
Kranken- und Pflegeversicherung											
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	69	62	57	55	38	42	33	113	16	24	12
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	16	8	11	7	7	13	12	66	6	6	2
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	13	3	3	4	3	7	3	2	0	3	2
Unfallversicherung											
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	49	21	20	49	79	61	81	103	30	30	41
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	7	1	1	5	5	3	4	8	4	2	5
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	3	0	0	6	3	1	3	1	0	1	0
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ¹⁾											
durch Urteil oder Gerichtsbescheid erledigte Klageverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	130	147	186	305	176	225	320	359	81	29	50
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	37	44	41	78	47	57	79	92	19	11	16
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	17	21	22	46	22	21	37	42	18	3	13

¹⁾ Angaben beziehen sich auf die statistische Auswertung der Verfahren für die Sachgebiete
"Angelegenheiten nach dem SGB II u. § 6a BKGG" sowie "Angelegenheiten n. dem SGB XII
und nach dem AsylbLG"

²⁾ ab 1.11.2010 inkl. Verfahren des zum 31.10.2010 aufgelösten SG Stendal

³⁾ Auflösung des SG Stendal zum 31.10.2010; Angaben für den Zeitraum 1.1. bis 31.10.2010

	Landessozialgericht Sachsen-Anhalt			
	2008	2009	2010	2011
Rentenversicherung				
durch Urteil oder Beschluss erledigte Berufungsverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	86	80	105	124
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	9	7	10	7
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	2	4	8	9
Kranken- und Pflegeversicherung				
durch Urteil oder Beschluss erledigte Berufungsverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	25	30	30	26
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	2	3	8	8
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	4	1	1	0
Unfallversicherung				
durch Urteil oder Beschluss erledigte Berufungsverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren die Verfahren endeten mit	45	52	67	74
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	3	9	12	7
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	5	5	5	6
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Sozialhilfe und AsylbLG ¹⁾				
durch Urteil oder Beschluss erledigte Berufungsverfahren, an denen Versicherte oder Leistungsberechtigte beteiligt waren darunter endeten mit	10	41	30	35
- Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	3	1	3	2
- Teilweisem Obsiegen der Versicherten/Leistungsberechtigten	2	1	4	9

¹⁾ Angaben beziehen sich auf die statistischen Auswertung der Verfahren für die Sachgebiete "Angelegenheiten nach dem SGB II und § 6a BKGG" sowie "Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG"

Entwicklung der durchschnittlichen Verfahrensdauer (in Monaten) in ausgewählten Sachgebieten bei den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt

Anlage 3

	2007 Sozialgericht					2008 Sozialgericht				
	LSA	DE	HA	MD	SDL	LSA	DE	HA	MD	SDL
Rentenversicherung										
Klageverfahren	15,6	14,1	14,8	19,4	12,0	15,9	13,0	15,1	19,9	13,2
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,8	1,4	1,2	3,5	1,6	2,0	1,4	1,3	1,9	5,6
Krankenversicherung										
Klageverfahren	15,2	13,2	12,4	21,0	13,1	16,6	16,9	16,5	17,8	14,1
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	2,3	0,9	2,3	3,5	1,4	1,6	1,2	1,3	1,6	2,4
Pflegeversicherung										
Klageverfahren	12,1	9,4	11,6	16,3	12,2	13,6	9,0	15,9	16,4	8,4
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,4	0,8	2,3	0,2	0,7	0,9	1,0	1,4	0,8	0,5
Unfallversicherung										
Klageverfahren	19,0	9,5	21,3	22,6	16,4	18,2	11,0	21,8	20,7	15,2
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	2,4	0,8	1,0	4,2	1,7	2,9	1,0	1,3	4,9	2,8
Angelegenheiten nach dem SGB II und § 6a BKGG ¹⁾										
Klageverfahren	8,3	7,1	9,0	8,5	9,2	10,3	8,8	10,9	10,8	11,8
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,2	1,3	1,0	1,4	1,5	1,3	1,3	1,0	1,6	1,3
Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG										
Klageverfahren	9,8	10,9	9,4	9,2	10,2	13,3	14,7	10,4	16,5	11,8
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,2	1,1	0,9	1,4	1,3	1,4	1,7	0,8	1,9	0,9

¹⁾ bis 31.12.2010 nur Angelegenheiten nach SGB II

	2009 Sozialgericht					2010 Sozialgericht					2011 Sozialgericht			
	LSA	DE	HA	MD	SDL	LSA	DE	HA	MD ²⁾	SDL ³⁾	LSA	DE	HA	MD ²⁾
Rentenversicherung														
Klageverfahren	16,9	13,7	17,5	19,5	14,1	18,0	13,7	17,7	21,3	17,5	19,2	14,9	18,6	21,9
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	2,1	1,9	1,6	2,5	3,2	1,9	2,3	1,1	2,8	1,3	1,6	1,5	1,1	2,0
Krankenversicherung														
Klageverfahren	17,6	18,5	18,3	16,0	17,9	18,0	14,1	20,1	18,2	17,0	21,4	12,4	19,3	24,5
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,9	1,4	1,9	1,4	4,4	2,0	0,9	2,1	1,9	2,5	2,1	0,9	2,0	2,8
Pflegeversicherung														
Klageverfahren	14,2	6,8	16,0	17,4	13,0	12,9	8,4	14,0	17,6	12,4	14,5	8,1	13,3	19,5
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,4	0,8	0,7	2,9	0,8	2,8	5,7	2,3	1,9	0,5	3,1	2,5	1,9	4,9
Unfallversicherung														
Klageverfahren	21,0	9,8	30,7	19,4	17,3	18,2	9,7	20,0	21,7	20,7	21,8	11,6	28,0	22,8
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,4	-	0,7	1,8	1,8	1,4	0,5	1,0	1,4	2,2	2,0	0,8	1,1	2,4
Angelegenheiten nach dem SGB II und § 6a BKGG ¹⁾														
Klageverfahren	11,8	9,9	11,9	14,2	11,9	14,1	12,9	13,2	16,5	15,7	16,2	15,1	14,5	19,2
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,3	1,2	1,1	1,6	1,8	1,4	1,2	1,0	1,8	2,7	1,5	1,1	0,9	2,3
Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG														
Klageverfahren	20,0	17,2	15,5	24,4	17,3	17,7	24,4	10,1	19,1	16,9	16,1	18,8	14,1	15,8
Verfahren zur Gewährung von einstw. Rechtsschutz	1,6	1,6	1,0	2,1	1,8	2,6	6,3	1,7	1,7	2,4	2,3	2,6	1,8	2,5

¹⁾ bis 31.12.2010 nur Angelegenheiten nach SGB II

²⁾ ab 1.11.2010 inkl. der Verfahren des zum 31.10.2010 aufgelösten SG Stendal

³⁾ Auflösung des SG Stendal zum 31.10.2010, Angaben für den Zeitraum 1.1. bis 31.10.2010

Entwicklung der durchschnittlichen Verfahrensdauer (in Monaten) in ausgewählten Sachgebieten bei dem Landessozialgericht Sachsen-Anhalt

Anlage 3

	Landessozialgericht				
	2007	2008	2009	2010	2011
Rentenversicherung					
Berufungsverfahren	23,2	22,6	23,1	23,8	21,4
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	3,0	2,4	2,8	7,9	2,8
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	6,7	6,1	6,1	9,1	5,2
sonstige Beschwerden ¹⁾			8,6	8,8	9,4
Krankenversicherung					
Berufungsverfahren	23,8	37,1	33,0	33,4	33,8
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	2,6	2,9	3,2	3,4	-
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	6,7	9,8	4,2	6,4	5,6
sonstige Beschwerden ¹⁾			4,7	6,5	4,3
Pflegeversicherung					
Berufungsverfahren	15,9	12,6	22,5	23,3	27,5
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	2,4	2,2	9,1	-	-
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	5,3	6,6	2,1	5,0	5,4
sonstige Beschwerden ¹⁾			6,3	3,3	-
Unfallversicherung					
Berufungsverfahren	27,1	31,5	32,9	37,0	34,1
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	2,7	1,7	3,8	-	1,2
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	7,3	6,3	9,5	1,5	2,3
sonstige Beschwerden ¹⁾			11,0	12,6	8,2
Angelegenheiten nach dem SGB II und § 6a BKGG ²⁾					
Berufungsverfahren	9,6	13,2	18,5	18,4	23,8
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	0,8	1,5	1,1	16,1	8,3
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	4,6	7,1	7,6	6,3	3,5
sonstige Beschwerden ¹⁾			10,1	8,9	7,2
Angelegenheiten n. dem SGB XII u. n. d. AsylbLG					
Berufungsverfahren	11,1	12,8	18,5	16,7	17,3
Verfahren im einstw. Rechtsschutz gem. § 86b SGG	2,5	1,1	-	0,4	-
Beschwerden gg. Entscheidungen ü.d. Gewährung v. einstw. Rechtsschutz ¹⁾	7,4	6,8	6,3	9,9	6,0
sonstige Beschwerden ¹⁾			16,2	22,3	18,6

¹⁾Bis zum 31.12.2008 wurde die Verfahrensdauer für Beschwerdeverfahren insgesamt ermittelt²⁾bis 31.12.2010 nur Angelegenheiten nach SGB II

Personaleinsatz/Belastung in ausgewählten Rechtsgebieten bei den Sozialgerichten des Landes Sachsen-Anhalt

	2007			2008			2009			2010		
	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)
Richter												
Rentenversicherung	6.953	9,97	697	6.981	9,74	717	7.221	7,70	938	7.754	9,42	823
Krankenversicherung	2.101	2,28	921	2.433	2,77	878	2604	2,64	986	2.951	3,01	980
Unfallversicherung	1.569	2,42	648	1.531	2,31	663	1499	1,94	773	1.539	1,84	836
Angelegenheiten nach SGB II	16.583	18,51	896	24.499	28,37	864	30086	33,23	905	35.207	36,84	956
Angelegenheiten nach SGB XII	684	0,65	1.052	806	0,75	1.075	892	1,11	804	932	1,01	923
nichttrichterliches Personal												
gehobener Dienst Rechtssachen insgesamt	27.890	7,12	3.917	36.250	7,32	4.952	42.302	9,47	4.467	48.383	8,71	5.555
mittlerer Dienst Rechtssachen insgesamt	27.890	55,27	505	36.250	63,94	567	42.302	71,00	596	48.383	70,14	690

¹⁾ Als anhängige Verfahren sind für jedes Jahr die Bestände unerledigter Verfahren zu Jahresbeginn sowie Neuzugänge berücksichtigt.

²⁾ Personalübersicht

Personaleinsatz/Belastung in ausgewählten Rechtsgebieten bei dem Landessozialgericht Sachsen-Anhalt

	2007			2008			2009			2010		
	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung	anhängige Verfahren ¹⁾	AKA gem. PÜ ²⁾	Belastung (Verfahren je Bediensteten)
Richter												
Rentenversicherung	1.136	6,30	180	1.118	6,60	169	1.046	5,10	205	996	3,95	252
Krankenversicherung	314	1,74	180	327	2,35	139	286	3,20	89	231	3,13	74
Unfallversicherung	588	1,70	346	542	2,53	214	476	3,15	151	425	2,74	155
Angelegenheiten nach SGB II	740	2,15	344	1.200	2,84	423	1.106	2,74	404	942	3,04	310
Angelegenheiten nach SGB XII	67	0,80	84	98	0,30	327	93	0,53	175	94	0,55	171
nichtrichterliches Personal												
gehobener Dienst Rechtssachen insgesamt	2.845	1,58	1.801	3.285	1,33	2.470	3.007	1,20	2.506	2.688	0,70	3.840
mittlerer Dienst Rechtssachen insgesamt	2.845	13,87	205	3.285	13,68	240	3.007	11,51	261	2.688	12,19	221

¹⁾ Als anhängige Verfahren sind für jedes Jahr die Bestände unerledigter Verfahren zu Jahresbeginn sowie Neuzugänge berücksichtigt.

²⁾ Personalübersicht

Widerspruchsverfahren - Krankenversicherung

<u>Bezeichnung</u>	<u>Zahl der Fälle</u>				
	2007	2008	2009	2010	2011
Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraums	580	596	358	288	362
Im Berichtszeitraum bei der Widerspruchsstelle eingegangene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	1232	1254	1330	1410	1324
Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraums	596	358	288	362	325
Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	1216	1492	1400	1336	1361
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren wurden abgeschlossen					
- durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	44	43	38	40	27
- durch Zurücknahme	32	65	63	100	82
- auf sonstige Art	234	533	367	306	465
- durch Widerspruchsbescheid	906	851	932	890	787
Zahl der Widerspruchsbescheide,					
- die bindend geworden sind	680	646	695	687	559
- die mit Klageerhebung angefochten wurden	98	121	135	94	103
- deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	128	84	102	109	125

Widerspruchsverfahren - Pflegeversicherung

<u>Bezeichnung</u>	<u>Zahl der Fälle</u>				
	2007	2008	2009	2010	2011
Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Berichtszeitraums	605	681	1045	403	516
Im Berichtszeitraum bei der Widerspruchsstelle eingegangene Widersprüche (§§ 83 und 84 SGG)	3045	3693	3317	3592	3979
Unerledigte Widersprüche am Ende des Berichtszeitraums	681	1045	403	516	964
Im Berichtszeitraum erledigte Widersprüche	2969	3329	3959	3479	3531
Von den im Berichtszeitraum erledigten Widerspruchsverfahren wurden abgeschlossen					
- durch Abhilfe (§ 85 Abs. 1 SGG)	1078	1169	1394	1204	1222
- durch Zurücknahme	67	92	102	101	114
- auf sonstige Art	42	60	83	118	208
- durch Widerspruchsbescheid	1782	2008	2380	2056	1987
Zahl der Widerspruchsbescheide,					
- die bindend geworden sind	1143	1418	1877	1535	1411
- die mit Klageerhebung angefochten wurden	152	199	223	161	139
- deren Rechtsbehelfsfrist noch nicht abgelaufen ist	487	391	280	360	437